



Bonn, den 31. Juli 2012

Pressemitteilung

Gegen die Einführung des Betreuungsgeldes – für die Umsetzung des gesetzlichen Anspruches auf einen Betreuungsplatz

Bonn-Bad Godesberg. Der Verwaltungsrat des Landesverbandes der Evangelischen Frauenhilfe im Rheinland e.V. lehnt die Einführung des geplanten Betreuungsgeldes ab. Damit schließt der Landesverband sich dem Votum des Vorstands und der Jahreshauptversammlung der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. an.

Das geplante Betreuungsgeld garantiert in keiner Weise die Wahlfreiheit von Eltern, ihre Kinder zu Hause zu betreuen oder einen Betreuungsplatz in Anspruch zu nehmen, sondern führt nur zu weiterer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Schon jetzt haben Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sein wollen oder müssen, gerade in den Ballungsgebieten große Probleme, ihre Kinder in gute Betreuung zu geben. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, externe Betreuung in ausreichendem Maße zu schaffen. Deshalb müssen die finanziellen Mittel dort eingesetzt werden! Nur so wird es gelingen, qualifizierten Frauen Wahlfreiheit für ein Leben mit oder ohne Kinder zu ermöglichen.

Zudem kann nur der Ausbau von Betreuungsplätzen Frauen stärken, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. „Durch unsere Arbeit in unserer Mutter-Kind-Klinik auf Spiekeroog kennen wir die Betreuungsprobleme vieler Mütter, die eine große Belastung darstellen. Gerade hochqualifizierte, alleinerziehende Mütter, die ohne Probleme gute Stellen bekommen und so den Unterhalt für sich und ihre Kinder verdienen könnten, finden keine adäquaten KiTa-Plätze und geraten so in die staatliche Abhängigkeit und damit in die Armutsfalle. Das ist ein Skandal! Langfristig gesehen sind das die Frauen, die trotz guter Ausbildung auch in Altersarmut geraten, weil die Gesellschaft es ihnen nicht ermöglicht hat, Kinder und Beruf zu vereinbaren. Das geplante Betreuungsgeld wirkt auf alle Frauen, die für ihren Unterhalt sorgen müssen, wie ein Hohn. Es scheint, dass die gesellschaftlichen Realitäten immer noch nicht wahr genommen werden“, sagt die Leitende Pfarrerin Dagmar Müller.

Der Landesverband der Ev. Frauenhilfe im Rheinland fordert deshalb, dass die Bundesregierung alle Kraft und finanziellen Mittel dazu einsetzt, Familien, die existentiell auf einen externen Betreuungsplatz angewiesen sind, zu unterstützen und dass sie den Rechtsanspruch zeitnah und vollständig umsetzt. Wir fordern die Bundesregierung auf, von der Einführung des Betreuungsgeldes Abstand zu nehmen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung zukunftsorientiert und nachhaltig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, um den Bedarfen der modernen Gesellschaft gerecht zu werden.

Kontakt

Evangelische Frauenhilfe im Rheinland
Christine Kucharski
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ellesdorfer Straße 52 - 53179 Bonn
Telefon: (0228) 9541 117
Telefax: (0228) 9541 100
E-Mail: christine.kucharski@frauenhilfe-rheinland.de



Hintergrundinformationen

Der **Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe im Rheinland e.V.** ist die Dachorganisation für rund 40 000 Mitglieder, die in rund 1200 Gruppen und 38 Kreisverbänden im Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland organisiert sind. Die Evangelische Frauenhilfe im Rheinland e.V. ist ein Verband ehrenamtlich aktiver Frauen, die sich als Christinnen engagieren. Seit mehr als 110 Jahren vertritt der Verband die Interessen und Anliegen von Frauen in der Evangelischen Kirche im Rheinland und darüber hinaus. Er ist Träger einer Weiterbildungseinrichtung und diakonischer Einrichtungen für die Altenhilfe und der Müttergenesung.

Weitere Informationen unter: www.frauenhilfe-rheinland.de